

Im Kampf gegen Lügner und Schwindler

Oppositioneller Chee Soon Juan unterliegt erneut vor Gericht

Chee Soon Juan, Generalsekretär der oppositionellen Singapore Democratic Party ist erneut von einem Gericht zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil er in einer früheren Verhandlung die Unabhängigkeit der Justiz Singapurs in Frage gestellt hatte.

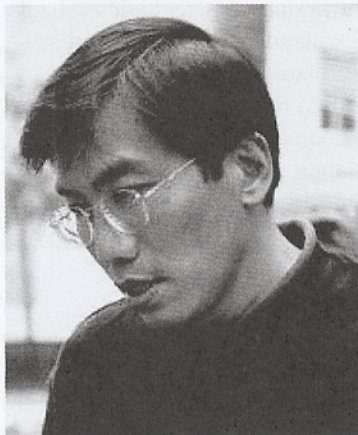
Rolf Jordan

Die Gerichtsverhandlung, bei der es unter anderem auch zu einem direkten Schlagabtausch zwischen dem Oppositionspolitiker und dem ehemaligen Premierminister Lee Kuan Yew gekommen war, macht einmal mehr die problematische Rolle der Justiz im Stadtstaat deutlich.

Die jüngste gerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem bekannten Oppositionspolitiker und *Minister Mentor* Lee Kuan Yew und seinem Sohn Lee Hsien Loong, dem amtierenden Premierminister, geht zurück auf ein Verfahren aus dem Jahr 2006, in dem Chee und weitere führende Mitglieder seiner *Singapore Democratic Party* (SDP) aufgrund einer Verleumdungsklage zu Geldstrafen verurteilt worden waren. Im Vorfeld der Parlamentswahlen hatte die SDP in ihrer Parteizeitung schwere Vorwürfe gegen die regierende *People's Action Party* (PAP) und einige ihrer führenden Mitglieder erhoben. Im Laufe der Verhandlung hatte Chee deutliche Zweifel an der Unabhängigkeit und Objektivität des Gerichts geäußert und war dafür im gleichen Jahr bereits zu einer achttägigen Haftstrafe verurteilt worden. In dem von dem Oppositionspolitiker angestregten Berufungsverfahren ging es unter anderem um die Rechtmäßigkeit der von Chee geäußerten Kritik an der Justiz Singapurs, deren Unabhängigkeit er einmal in Zweifel zog.

Bereits kurz vor der jüngsten Gerichtsverhandlung, bei der es um die Festsetzung der Höhe der Wiedergut-

machungszahlungen ging, zu der Chee aufgrund der Verleumdungsklage 2006 verurteilt wurde, war der Oppositionspolitiker ein weiteres Mal wegen einer nicht genehmigten öffentlichen Rede zu einer Geldstrafe verurteilt worden. In früheren Fällen hatte Chee auf die Zahlung der Strafe verzichtet und hatte stattdessen jeweils mehrwöchige Haftstrafen angetreten. Auch das jüngste Urteil wegen Missachtung des Gerichts sieht nun eine zwölf-tägige Haftstrafe für Chee und eine zehntägige Haft für seine ebenfalls verurteilte Frau, Chee Siok Chin, vor.



Chee Soon Juan muss wieder in Haft.

Foto: Archiv

Immer wieder ist der Oppositionspolitiker wegen ähnlicher Urteile ins Gefängnis gegangen, um gegen die repressive Unterdrückung der Opposition und die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu protestieren. Bereits 1999 und 2002 war Chee verurteilt worden, weil er ohne die in Singapur notwendigen behördlichen Genehmigungen sein in der Verfassung des Landes garantiertes Recht zur freien Meinungsäußerung wahrgenommen und in der Öffentlichkeit Kundgebungen abgehalten hatte. Und im Frühjahr 2006 kam die Haftstrafe wegen kritischer Äußerungen über die seiner Ansicht nach parteiische Justiz des Stadtstaats hinzu. Die Auseinandersetzungen zwischen Chee Soon Juan und der Regierung und führenden Vertretern des PAP-Regimes reichen zurück bis in die frühen 1990er Jahre, als der Oppositionspolitiker zum ersten Mal bei einer Nachwahl für die SDP angetreten war. Kurz nach der Wahl wurde er von der *National University*, wo er als Lehrbeauftragter gearbeitet hatte, entlassen. Seither wurde Chee immer wieder wegen seiner Kritik an der PAP und der Regierung verklagt und damit in seiner politischen Arbeit eingeschränkt.

Es war daher auch von einiger historischer Bedeutung, dass Chee zu Beginn seiner Berufungsverhand-

Der Autor gehört dem Vorstand der SOAI an. Im Frühjahr 2007 erschien sein Buch »Singapur. Globale Stadt und autoritärer Staat« im Horlemann-Verlag.

lung vom ehemaligen *Workers Party*-Vorsitzenden J. B. Jeyaretnam vertreten wurde. Jeyaretnam war, nachdem er bei einer Nachwahl Anfang der 1980er Jahre den ersten Parlamentssitz für eine Oppositionspartei erringen konnte, viele Jahre selber immer wieder von Premierminister Lee Kuan Yew und anderen führenden PAP-Politikern mit Verleumdungsklagen überzogen und dabei in den Konkurs getrieben worden, so dass er nur bei wenigen der späteren Parlamentswahlen selber antreten konnte. Jeyaretnam hatte sich zwar vor einigen Jahren vom Vorsitz der *Workers Party* (WP) und damit von der aktiven Politik zurückgezogen, doch Mitte April gab der bekannte Oppositionspolitiker die Gründung der *Reform Party* bekannt, mit der er erneut gegen die repressive Politik der regierenden PAP und für eine Reformierung des politischen Systems des Stadtstaats antreten will.

Verbalattacken im Gerichtssaal

Während die jüngste gerichtliche Auseinandersetzung im Hinblick auf ihr Anliegen und ihrem Ausgang kaum mehr als eine Fortsetzung altbekannter Auseinandersetzungen der Regierung mit Oppositionspolitikern in Singapur darstellte, bot die direkte Konfrontation zwischen dem Angeklagten Chee und Lee Kuan Yew, der als Zeuge geladen war, nicht nur eine heftige verbale Auseinandersetzung der beiden Kontrahenten, sondern auch einigen Einblick in das politische Selbstverständnis des mittlerweile als *Minister Mentor* die Regierung beratenden *Elder Statesman* Lee.

In seiner Befragung des Zeugen Lee verwies Chee mehrmals auf die seiner Meinung nach rechtsstaatlichen Mängel und das Fehlen politischer Freiheitsrechte in Singapur, weswegen ihn der vorsitzende Richter immer wieder mit Hinweis auf das eigentliche Anliegen der Berufungsverhandlung zur Ordnung rief. Im Verlauf der direkten Auseinandersetzung zwischen den beiden Politikern kam es schließlich zu scharfen Angriffen Lees auf den Oppositionspolitiker, den er einen Lügner und einen Schwindler schimpfte, während er gleichzeitig – wie schon so oft – auf die wirtschaftlichen Erfolge seiner Regierung und der seiner Nachfolger verwies, die seinem autoritären Politikstil zu verdanken seien. Der emotionsgeladene Disput zwischen den beiden Politikern, der auf den Internetseiten der SDP (www.singaporedemocrat.org) und dem unabhängigen Blog *Singapore Rebel* dokumentiert ist, machte noch einmal deutlich, mit welcher Schärfe die Konfrontation auch nach Jahren der Auseinandersetzung immer noch geführt wird.

Aversion gegen Demokratie

Während Chee und seine Frau ihre politischen Überzeugungen und ihren Kampf gegen die autoritäre Po-

litik der regierenden PAP mit weiteren Haftstrafen bezahlen mussten, steht ein Urteil über die Höhe der an die Familie Lee zu zahlenden Gelder aus dem Verleumdungsverfahren von 2006 noch immer aus. Erst danach wird man ermessen können, wie teuer politischer Dissens derzeit zu veranschlagen ist. Derweil ist Lee Kuan Yew weiter darum bemüht, Singapurs Bürger vor einer Machtübernahme durch die Opposition zu warnen.

Im Rahmen einer Veranstaltung Ende Juni 2008 machte Lee noch einmal seine Position deutlich, als er davor warnte, dass die derzeitige Opposition, einmal an die Macht gekommen, das Land in weniger als fünf Jahren wirtschaftlich ruinieren und damit die Entwicklungserfolge der letzten vier Jahrzehnte hinfällig machen würde. Einmal mehr verwies er auf die Tatsache, dass einzig seine Partei über jene qualifizierten Führungspersönlichkeiten verfüge, die auch zukünftig Wohlstand und erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung garantieren. Demokratische Strukturen, wie sie viele der westlichen Industrienationen aufweisen und wie sie auch von internationaler Seite immer wieder auch für Singapur gefordert werden, bleiben in den Augen Lees weiterhin wenig geeignet für Singapurs zukünftige Entwicklung.

Wie wenig sich bisher das politische Klima in Singapur gewandelt hat, demonstrierte das Regime erst kürzlich anlässlich der Konfiszierung eines regierungskritischen Films. Mitte Mai 2008 stürmten Mitarbeiter der Zensurbehörde *Media Development Authority* eine Fund Raising-Veranstaltung mehrerer Oppositionspolitiker, bei der auch der etwa 45-minütige Film *One Nation Under Lee* gezeigt wurde, der sich kritisch mit Lee Kuan Yews politischem Aufstieg und seinem Vorgehen gegen die Opposition in Singapur auseinandersetzt. Während der Vorführung des Films, der unter anderem Interviews mit den Oppositionspolitikern J. B. Jeyaretnam und Francis Seow enthält, betrat ein Mitarbeiter der Behörde den Veranstaltungsort im Peninsular-Excelsior Hotel und verlangte die Herausgabe des Films. Nach geltendem Recht ist die öffentliche Aufführung von Filmen ohne Genehmigung durch die Behörden verboten und wird im Fall von Verstößen mit Geldstrafen bis zu 100.000 Singapur-Dollar oder zwei Jahren Gefängnis geahndet. Im vorliegenden Fall verzichteten die Behörden aber bisher auf die Verhängung einer solchen Strafe und beließen es bei einer deutlichen Verwarnung der verantwortlichen Personen.

Kritik an Rechtssystem

Die jüngsten gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Oppositionspolitiker Chee und den beiden Lees sind darüber hinaus ein weiteres Beispiel für die nur unzureichende Unabhängigkeit der Justiz Singapurs, die seit Jahren von der Opposition und von in-

ternationalen Experten für ihre Instrumentalisierung durch die politischen Eliten kritisiert wird. Noch in der Verhandlung gegen Chee konterte Lee Kuan Yew die Vorwürfe des Oppositionspolitikers unter anderem mit dem Hinweis auf einen Brief der international angesehenen *International Bar Association* (IBA), die in einem Brief an die *Law Society of Singapore* die hohe Qualität der Singapurur Justiz besonders hervorgehoben hätte.

Doch schnell stellte sich heraus, dass es einen solchen Brief offensichtlich nie gegeben hat und IBA-Präsident Fernando Pombo lediglich in seiner Eröffnungsrede zur letzten Jahreskonferenz der Organisation auf den hohen Entwicklungsstand des Gerichtswesens im Stadtstaat hingewiesen hatte. Und während der Anwalt Lee Kuan Yews, Davinder Singh, noch darauf hinzuweisen versuchte, dass daraus letztlich die hohe internationale Wertschätzung für Singapurs Justizsystem sichtbar würde, legte die IBA mittlerweile einen äußerst kritischen 72-seitigen Bericht zu Singapur vor, der wesentliche Kritikpunkte der letzten Jahre noch einmal aufgreift und verschärft.

Nach Ansicht der IBA, eine der größten juristischen Vereinigungen weltweit, weist das Rechtssystem des Stadtstaats eklatante Mängel auf, die nicht zu einem modernen und hoch entwickelten Staat wie Singapur passen. In dem Bericht wird festgestellt, dass vor allem bei Prozessen mit Beteiligung hochrangiger Mitglieder der regierenden PAP deutliche Mängel in der Rechtsprechung festzustellen seien und die Unabhängigkeit der Justizbehörden in der Regel in solchen Verfahren als nicht gewährleistet gelten müsse. Der Bericht basiert dabei auf einer großen Zahl von Beispielen aus den letzten 25 Jahren, so unter anderem Verleumdungsklagen gegen führende Oppositionspolitiker wie J.B. Jeyaretnam, Tang Liang Hong und Chee Soon Yuen., aber auch gegen international angesehene Zeitungen und Zeitschriften wie das *Asian Wall Street Journal* oder die *Far Eastern Economic Review*.

Die IBA schließt ihren Bericht mit einer Reihe von Empfehlungen, die unter anderem die Ratifizierung der *Convention on Civil and Political Rights* der Vereinten Nationen, eine Lockerung der Einschränkungen der Pressefreiheit sowie Reformen zur stärkeren Unabhängigkeit der Justiz vorsehen. Besondere Kritik übt der Bericht an der gängigen Praxis der Verleumdungsklagen, deren hohe Geldstrafen, die dabei zumeist gegen oppositionelle Politiker verhängt werden, vor allem dazu beitragen, diese Politiker von der Teilnahme an Wahlen auszuschließen und so die Opposition insgesamt zu schwächen und zu unterdrücken.

Der Bericht, dessen Vorbereitung auf die Jahrestagung der IBA im Herbst letzten Jahres in Singapur zurückgeht, lag zwar den Justizbehörden in Singapur in einer Entwurfsversion vor, kritische Kommentare der Behörden fanden aber offensichtlich keine Berücksichtigung in dem nun veröffentlichten Bericht. Die Kritik des Justizministeriums in Singapur an den Ergebnissen

und Empfehlungen des Berichts viel entsprechend scharf aus. Auch aus den Reihen der Justiz wurde einmal mehr darauf hingewiesen, dass es gerade das Justizsystem in seiner derzeitigen Form sei, das in besonderem Maße zur politischen und sozialen Stabilität des Stadtstaats beitrage und rechtsstaatliche Strukturen, wie von den Kritikern im In- und Ausland gefordert, der besonderen Situation Singapurs nicht angemessen seien. Und so erscheint es wenig realistisch, dass sich die rechtsstaatliche Situation in Singapur in naher Zukunft ändern könnte, ohne dass auch die politischen Verhältnisse sich wandeln.

Literatur

- ›Sparks fly as opposition politician questions Singapore leaders‹, AFP, Singapur, vom 28. Mai 2008.
 - ›Court wraps up hearing on defamation damages against SDP‹, Channel News Asia, Singapur, vom 29. Mai 2008
 - ›Opposition figures to team up in court‹, AFP, Singapur, vom 30. Mai 2008.
 - ›Opposition leader sentenced to jail for contempt‹, AFP, Singapur, vom 2. Juni 2008.
 - ›Democracy in Singapore‹, Wall Street Journal, 26. Juni 2008.
 - ›Judging Singapore's judiciary‹, Asian Wall Street Journal vom 15. Juli 2008.
 - ›Raising the bar‹, The Economist, UK, vom 17. Juli 2008
- Der IBA-Bericht mit dem Titel »Prosperity versus individual rights? Human rights, democracy and the rule of law in Singapore« (www.ibanet.org).

— Anzeige —

Informationenprojekt Naher und Mittlerer Osten inamo

Sommer 2008

54

60 Jahre Nakba

Nakba, die Katastrophe von 1948 • Die Dorfdossiers • Die Schaffung des palästinensischen Flüchtlingsproblems • Vorschlag: Vorübergehender Schutz für die Flüchtlinge • Indigener Widerstand und israelische Politik während der Post-Nakba Zeit • „Anwesende Abwesende“ und ihre Selbstorganisation • Saffuriyya 1948 und 2005 • Die Tilgung der Erinnerung • 1948: Erinnerung einer Palmach-Soldatin.

Autor(inn)en: S. Akram/T. Rempel, O. Hashemizade, K. Hermann, I. Humphries, S. A. Jawad, N. Masalha, I. Pappé, G. Piterberg, T. Honig-Parnass.

Extraordinary Renditions: Verschleppung und Folter als Programm; Islamische Weltraumethik, eine Richtlinie; Neokonservatives Kriegsgetrommel in Berlin.

inamo e.V., Postfach 310727, 10637 Berlin,
☎ 030/86421845, @ redaktion@inamo.de, 5,50€